

Hinweise zum Vertrag Technische Ausrüstung

Vorbemerkungen zu dem Vertragsmuster

Es handelt sich um ein Vertragsmuster für Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit der **Technischen Ausrüstung** für **Gebäuden / Innenraum, Freianlage** oder ein **Ingenieurbauwerk**. Soweit im Vertrag Festlegungen (Vereinbarungen) zu treffen sind, sind in den dazu vorgesehenen Feldern **Ankreuzungen** vorzunehmen und bei Leerzeilen entsprechende Eintragungen zu den im Einzelfall getroffenen Vereinbarungen zu machen.

Zum **01.01.2021** ist eine **neue HOAI** in Kraft getreten. Das **neue** an dieser Verordnung ist, dass die Vorgaben zu den Honoraren nur noch Empfehlungen sind (mit einem **Basishonorar-** und einem **oberen Honorarsatz** anstatt bisher Mindest- und Höchstsatz), an denen man sich grundsätzlich bei Ausschreibung, Angebotsabgabe und Vertragsabschluss „orientieren“ kann. Anders als früher sind die Honorare also **nicht** mehr **verbindlich** bzw. **zwingend geregelt**. Das bedeutet - einfach formuliert - dass ab 01.01.2021 auch Honorare vereinbart werden können, die von den Vorgaben / Berechnungen in der HOAI abweichen (zum Beispiel durch die Vereinbarung von Pauschalen / Berechnung auf anderer Grundlage als der Kostenberechnung / Zusammenfassung von mehreren Objekten etc.). Es besteht aber auch die Möglichkeit, sich an diesen Vorgaben / Berechnungen und Honoraren zu orientieren und diese zu vereinbaren. Wegen der weiteren Einzelheiten im Zusammenhang mit diesem Vertragsmuster wird auf die Anmerkungen zu § 5 verwiesen. Bei Änderungs- und Zusatzleistungen gilt das, was im Vertragsmuster bei § 14 eingestellt ist.

Unabhängig von der neuen HOAI ist bitte immer **zu beachten**, dass **der Vertrag** und die Honorarvereinbarung **schriftlich** durch Ausfüllen dieses Vertragsmusters und **Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien erfolgen muss** (das genügt auch der neu in der HOAI geforderten Textform nach § 126 b BGB).

Anwendungsbereich

Das Vertragsmuster soll Anwendung finden, wenn Leistungen für die **Technische Ausrüstung von Objekten** (im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz. 1 HOAI) beauftragt werden sollen.

Das Vertragsmuster stellt bei der Leistungsbeschreibung (= vertraglich vereinbarte Leistungsumfang im Sinne von § 650 p Abs. 1 BGB) unverändert auf das Leistungsbild der HOAI ab (Anlage 15). Die **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** soll immer Vertragsbestandteil werden (wegen der Bewertung der Einzelleistungen und der im Einzelfall zu beauftragenden Besonderen Leistungen, die in der Anlage zu ergänzen wären = soweit beauftragt). Vorab sind in dem Leistungsbild die beauftragten Anlagengruppen zu kennzeichnen und die Prozentsätze einzustellen, die bezogen auf die Anlagengruppen vereinbart werden. Bei unterschiedlichem Leistungsumfang und unterschiedlich vereinbarten Prozentsätzen empfiehlt es sich, die Anlage jeweils gesondert zu erstellen (für die jeweilige Anlagengruppe, was dann auch am Ende im Vertrag bei den Anlagen dann zu ändern bzw. zu ergänzen ist).

Vertragsabschluss

Der Vertragsabschluss steht generell unter dem Vorbehalt der kirchenaufsichtlichen Genehmigung, was auch für Änderungen und Ergänzungen des Vertrages gilt. Einzelheiten dazu sind in § 18 des Vertragsmusters enthalten.

Angaben zu den Vertragsparteien

Zu Beginn des Vertragsformulars ist der jeweilige Auftraggeber und dessen vertretungsberechtigte Organe oder Personen vollständig zu benennen. Das Gleiche gilt für den zu beauftragenden Ingenieur (dessen Ansprechpartner werden auch noch einmal in § 13 eingestellt).

zu § 1 – Gegenstand des Vertrages (Werkerfolg, Planungs- und Überwachungsziele, stufenweise Beauftragung)

- § 1.1.0

Hier soll der **Vertragsgegenstand** bezeichnet werden (genaue **Angaben zu der baulichen Anlage** und deren Anschrift, für die der Ingenieur Leistungen der Technischen Ausrüstung erbringen soll). Alle erforderlichen Angaben zur Konkretisierung des jeweiligen Vertragsgegenstandes sind einzutragen (im Einzelfall zu ergänzen). Beim Gegenstand des Vertrages sollte hier schon klargestellt werden, ob es sich bezogen auf die *Anlagen der Technischen Ausrüstung* (= die Anlagengruppen aus § 53 Abs. 2 HOAI, die später bei § 1.4.0 eingestellt werden sollen) um einen *Neubau, Erweiterung, Umbau, Modernisierung* oder eine *Instandhaltung / Instandsetzung* handelt (wird – als Beispiel – in einem Bestandsgebäude eine Anlage der Wärmeversorgung komplett zurück gebaut und neu errichtet, ist einzustellen, dass es sich bei den **Wärmeversorgungsanlagen um einen Neubau handelt**; wird dagegen eine bestehende Lüftungsanlage umgebaut, ist einzustellen, dass es sich bei den **lufttechnischen Anlagen um einen Umbau handelt**), wobei man dann bei den **Honoraren § 5.1 Alternative 1** bei den Anlagen, die umgebaut / modernisiert / instandgesetzt / instandgehalten werden sollen, **Vereinbarungen zu den Zuschlägen / mitzuverarbeitende Bausubstanz** etc. treffen muss. Trifft man eine andere Honorarvereinbarung (Pauschalhonorar = **Alternative 2** bei § 5 Grundleistungen), muss das nicht geschehen.

Sodann sind **2 Alternativen** vorgesehen (das Gewollte ist anzukreuzen). **Regelfall** soll die **Alternative 1** sein (möglichst genaue Beschreibung der Planungs- und Bauaufgabe und der Planungs- und Überwachungsziele).

Alternative 1:

Sind die Planungs- und Überwachungsziele für die Anlagen der Technischen Ausrüstung gem. § 650 p Abs. 1 BGB bereits bekannt und waren diese Bestandteil **einer konkreten Aufgabenbeschreibung** (im Rahmen der Ausschreibung / Angebotseinholung), ist die **1. Alternative** durch Ankreuzen zu kennzeichnen. Die *Aufgabenbeschreibung, Beschlüsse, Konzepte etc.* sind dann einzustellen und als Anlage dem Vertrag beizufügen (am Ende des Vertragsmusters zu ergänzen = als **Anlage zu § 1.1.0 Beschreibung des Bauvorhabens und der Planungs- und Überwachungsziele** durch Ankreuzen kennzeichnen und dem Vertrag beifügen). Im Einzelfall sind alle weiteren planerischen Vorgaben zu ergänzen. Bei diesen Vorgaben als Planungs- und Überwachungsziele kann es sich beispielhaft um Angaben zu *geforderten Quantitäten / Qualitäten / Funktion / besonderen Anforderungen (Leistung / Zweck etc.) / Kosten und Terminen etc.* handeln. Das ist entweder in einer **Anlage zu § 1.1.0** aufzunehmen und in der Leerzeile einzustellen und dann am Ende des Vertrages zu erwähnen oder aber in den freigehaltenen Leerzeilen durch verbale Erläuterungen einzustellen.

Alternative 2:

Sind die Planungs- und Überwachungsziele für die Anlagen der Technischen Ausrüstung noch nicht bekannt, ist die **2. Alternative** kenntlich zu machen (durch Ankreuzen). Dann hat der beauftragte Ingenieur unabhängig von dem beauftragten Leistungsumfang zunächst einmal nur die Planungsleistungen zu erbringen, die zur Ermittlung der Planungs- und Überwachungsziele erforderlich sind. Gleichzeitig hat er hierfür im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen eine Kosteneinschätzung vorzulegen (bezogen auf die Anlagen der Technischen Ausrüstung, die im Leistungsumfang enthalten sind). Das entspricht der gesetzlichen Regelung von § 650 p Abs. 2 BGB.

In diesem Falle soll vereinbart werden, welche Grundleistungen zur Klärung der Planungs- und Überwachungsziele zu erbringen sind. Im Regelfall werden das die Grundleistungen der Leistungsphase (LPH) 1 sein. Gegebenenfalls kann man im Einzelfall auch Leistungen aus LPH 2 zusätzlich vereinbaren. Diese müssen dann in der **vorgesehenen Leerzeile eingestellt** werden (**Beispiel: Grundleistungen LPH 1 und LPH 2 a – c aus der Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“**). **Alternative 2** soll so nur ausnahmsweise beauftragt werden; die **Regel** soll die Vereinbarung von Planungs- und Überwachungszielen in § 1.1.0 sein = **Alternative 1** mit der zugehörigen Anlage).

Nach Vorlage der Leistungen zur Ermittlung der Planungs- und Überwachungsziele und der Kosteneinschätzung kann innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zugang dieser Unterlagen die **schriftliche Kündigung** durch den Bauherrn erklärt werden (§ 650 p Abs. 2 i.V.m. § 650 q Abs. 1 BGB, § 650 h BGB). Bei einer Kündigung sind dann nur die bis dahin erbrachten Leistungen zu vergüten. Weitergehende Ansprüche bestehen nicht (§ 650 q Abs. 3 BGB). Erfolgt keine Kündigung innerhalb der 2-Wochen-Frist, bleibt der Vertrag bestehen (mit dem beauftragten Leistungsumfang nach § 1.4.0 / § 2). Diese Regelung gilt auch, wenn stufenweise nach § 1.4.0 beauftragt wird und die Planungs- und Überwachungsziele noch nicht vereinbart worden sind (auch dann kann z.B. bei Beauftragung LPH 1 - 4 nach Vorlage der in § 1.1.0 Alternative 2 vereinbarten Leistungen mit Kosteneinschätzung nach § 650 r BGB gekündigt werden). - **§ 1.2.0**

Hier sieht der Vertrag verschiedene **Alternativen** für die Vereinbarung einer **Kostenobergrenze** vor:

Alternative 1 = § 1.2.0

Hier wird eine lediglich **unverbindliche** Kostenobergrenze eingestellt, welche der beauftragte Ingenieur bei Erbringung der ihm obliegenden Leistungen der Technischen Ausrüstung zumindest versuchen soll, einzuhalten. Das Vertragsmuster geht davon aus, dass die Kosten für die gesamte Baumaßnahme eingestellt und dann Kosten benannt werden, die auf die beauftragte Kostengruppe entfallen (es handelt sich in dieser **1. Alternative** um eine **unverbindliche** Zielvorgabe und um keine vereinbarte Beschaffenheit im Sinne des Mangelrechts = § 633 BGB). Wird diese Vorgabe nicht erreicht, ist im Rahmen der beauftragten Leistungen zu entscheiden, ob weiter realisiert wird (bei stufenweiser Beauftragung). Die Kostenangaben in den Kostenermittlungen als solche müssen unabhängig davon richtig sein. Fehler dabei stellen Pflichtverletzungen dar, die zur Nachfüllung verpflichten. Auf Kostensteigerungen während der Planung muss der Ingenieur ohnehin hinweisen, wenn es die Anlagen der Technischen Ausrüstung betrifft.

Diese **Alternative** soll in der Regel bei **im Bestand vorhandenen Anlagen der Technischen Ausrüstung gewählt werden** (Umbau / Modernisierung / Instandsetzung und Instandhaltung).

Wird im Einzelfall der Ingenieur mit der Planung bestimmter Anlagen der Technischen Ausrüstung beauftragt (als Beispiel: nur die Anlagen der Kostengruppen 410 und 420) sollte das in der jeweils gewählten Alternative ersetzt werden (anstelle „KG 400“ dann – im Beispiel – einstellen „**KG 410 und 420**“).

Die Regelung sieht außerdem vor, dass die nur unverbindlich vereinbarte Kostenobergrenze bei Änderungen der Planungs- und Überwachungsziele angepasst werden soll. Scheitert eine Vereinbarung zwischen den Parteien zur Anpassung, soll die unverbindlich vereinbarte Kostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Grundlage üblicher Kosten fortgeschrieben und angepasst werden.

Alternative 2 = § 1.2.0

Diese Vereinbarung soll bei **neu gebauten Anlagen der Technischen Ausrüstung** gewählt werden.

Anders als bei **Alternative 1** handelt sich hier bei der vereinbarten Kostenobergrenze um eine **verbindliche** Vereinbarung als Planungs- und Überwachungsziel und um eine vereinbarte Beschaffenheit. Der Ingenieur soll seine Leistung im Benehmen und in Abstimmung mit dem beauftragten Objektplaner so erbringen, dass die Kostenobergrenze für die Anlagen der beauftragten Anlagengruppen eingehalten wird. Wird diese Vorgabe nicht erreicht (Kosten überschritten), ist die **Leistung der Technischen Ausrüstung mangelhaft** (vorausgesetzt, die tragwerksplanerische Lösung ist Ursache für die Kostenüberschreitung). Der Ingenieur muss dann zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist aufgefordert werden (§§ 280, 281 BGB). Eine solche Nacherfüllung ist grundsätzlich als Mangelbeseitigung (Pflichtverletzung) unentgeltlich.

Das Vertragsmuster geht auch hier davon aus, dass die Kosten für die gesamte Baumaßnahme eingestellt und dann Kosten benannt werden, die auf die Kostengruppe 400 entfallen. Wird im Einzelfall der Ingenieur mit der Planung bestimmter Anlagen der Technischen Ausrüstung beauftragt (als Beispiel: nur die Anlagen der Kostengruppen 410 und 420) sollte das in der jeweils gewählten Alternative ersetzt werden (anstelle „KG 400“ dann – im Beispiel – einstellen „**KG 410 und 420**“).

Die Regelung sieht außerdem vor, dass die in dieser **Alternative 2** verbindlich vereinbarte Kostenobergrenze bei Änderungen der Planungs- und Überwachungsziele angepasst werden soll. Scheitert eine Vereinbarung zwischen den Parteien zur Anpassung, soll die verbindlich vereinbarte Kostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Grundlage üblicher Kosten fortgeschrieben und angepasst werden. Kann die vereinbarte Kostenobergrenze aus objektiven Gründen nicht erreicht werden (weil die Baumaßnahme nur zu höheren Kosten realisiert werden kann), greift § 275 BGB (Unmöglichkeit der Leistung). Die Vertragsparteien werden dann wechselseitig von den jeweiligen Leistungsverpflichtungen frei. Hat der Ingenieur die Unmöglichkeit der Einhaltung der Kostenobergrenze bei Vertragsabschluss gekannt, können Schadensersatzansprüche oder Aufwendungsersatzansprüche nach § 311 a Abs. 2 BGB begründet sein.

Im Einzelfall ist bei der Vertragsabwicklung genau zu prüfen, ob man bei einer Kostenüberschreitung weiter plant und realisiert oder aber von der Vertragserfüllung Abstand nimmt. Im letzteren Fall ist keine Vergütung zu zahlen. Denkbar sind dann Schadensersatz- oder Aufwendungsersatzansprüche nach § 311 a BGB (vgl. die Ausführungen oben).

Wird in Kenntnis der Kostenüberschreitung dennoch weiter realisiert, kann man daraus später unter Umständen keine Ansprüche herleiten (Nacherfüllung sollte immer verlangt werden). Hat der Ingenieur auf die Unmöglichkeit der Leistung hingewiesen und realisiert man dennoch, wäre eine Inanspruchnahme des Ingenieurs – vergleichbar einer Bedenkenanzeige des Bauunternehmers i.S.v. § 13 Abs. 2 VOB/B – treuwidrig (§ 242 BGB).

Wird trotz Überschreitung realisiert, sollte unabhängig davon auch immer gegenüber dem Ingenieur und dem Objektplaner erklärt werden, dass Ansprüche aus Kostenüberschreitung vorbehalten bleiben (wobei die in diesen Fällen ermittelten höheren Kosten dann bei der weiteren Planung auch nicht erneut überschritten werden dürfen, was erneut zu Ansprüchen aus Pflichtverletzung §§ 280, 281 BGB führen würde).

Die Regelung sieht auch hier vor, dass die verbindlich vereinbarte Kostenobergrenze bei Änderungen der Planungs- und Überwachungsziele angepasst werden soll. Scheitert eine Vereinbarung zwischen den Parteien zur Anpassung, soll die ursprünglich vereinbarte Kostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Grundlage üblicher Kosten fortgeschrieben und angepasst werden.

Alternative 3 = § 1.2.0

Die **3. Alternative** sieht vor, dass eine **verbindliche** Vereinbarung zu einer Kostenobergrenze erst mit Abschluss und Freigabe der Entwurfsplanung getroffen werden soll. Kommt keine Einigung zustande, soll die vertragsgemäß (mangelfrei) von dem beauftragten Ingenieur in LPH 3 erstellte Kostenberechnung Kostenobergrenze sein. Im Übrigen gilt auch hier bei einer Überschreitung das, was oben bei Alternative 2 zu § 1.2.0 ausgeführt wurde.

Auch hier gilt: Wird im Einzelfall der Ingenieur mit der Planung bestimmter Anlagen der Technischen Ausrüstung beauftragt (als Beispiel: nur die Anlagen der Kostengruppen 410 und 420) sollte das in der jeweils gewählten Alternative ersetzt werden (anstelle „KG 400“ dann – im Beispiel – einstellen „KG 410 und 420“).

- § 1.3.0

Der beauftragte Ingenieur hat sich stets auch über das **Kirchenbaugesetz (KBauG)** und das Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (KISchG) zu informieren und die dort genannten Anforderungen zu beachten. Sind im Einzelfall **weitere Anforderungen** zu berücksichtigen, sind diese **in den Leerzeilen zu ergänzen**. Ebenso sind stets zu beachten und die VDI 6026 und die AMEV-Richtlinien.

- § 1.4.0

Hier wird allgemein der **beauftragte Leistungsumfang** definiert.

Zunächst ist durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen, für **welche Anlagengruppe** im Sinne von § 53 Abs. 2 HOAI **Leistungen** für welche **Objekte** (*Gebäude / Innenraum, Freianlage* oder *Ingenieurbauwerk*) und für **welche Leistungsphasen** aus der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** beauftragt werden sollen (LPH ergänzen). Für den Fall, dass planerische Leistungen für Freianlagen oder Ingenieurbauwerke vertraglich geregelt werden sollen, ist eine vorherige Abstimmung mit dem kirchlichen Bauamt nötig. Kommen **Besondere Leistungen** dazu, sind diese bei §§ 2.2.2 erwähnt (wobei die Besonderen Leistungen dann auch in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** einzustellen und mit Honoraren zu versehen sind).

Wichtig ist Folgendes:

Soll sich der beauftragte Leistungsumfang nur auf einzelne Grundleistungen oder Teile davon beschränken, ist das nach der Benennung in den Leerzeilen bei Satz 1 in § 1.4.0 einzustellen (**Beispiel: - die Leistungsphasen (LPH) 1 - 4** = was der **Regelfall** sein soll). Bei einer beabsichtigten Vollbeauftragung sind die LPH insgesamt einzustellen (**Beispiel: - die Leistungsphasen (LPH) 1 - 9** = nur **ausnahmsweise** bei kleinen Bauvorhaben).

Im **Regelfall** sollte **stufenweise** beauftragt werden (**Regelfall LPH 1 – 4**; möglich aber z.B. auch LPH 1 – 3). Neben den Grundleistungen aus den vereinbarten LPH werden auch die zugehörigen und im Einzelfall vereinbarten Besonderen Leistungen beauftragt.

Das Vertragsmuster sieht weiter vor, dass **neben den bei Vertragsabschluss sofort beauftragten Grundleistungen** (im **Beispiel: LPH 1 - 4**) auch die Grundleistungen der LPH 5 – 9 aus der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** und die zugehörigen Besonderen Leistungen **später als Option beauftragt werden** können (die Besonderen Leistungen sind dann schon in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** einzustellen).

Die Option zur Weiterbeauftragung wird mit **schriftlichem Leistungsabruf** erklärt (bei dem jeweiligen Abruf ist genau zu erklären, welche Grundleistungen / Besondere Leistungen bezogen auf welchen Teil des Vertragsgegenstandes weiter erbracht werden sollen). Wird das Optionsrecht innerhalb von 6 Monaten nach Erbringung der letzten beauftragten Leistung (im o.g. **Beispiel: nach der letzten Leistung aus LPH 4**) ausgeübt, ist der beauftragte Ingenieur zur Leistungsausführung verpflichtet. Erfolgt der Leistungsabruf (Ausübung Optionsrecht) erst nach einem Zeitraum von 6 Monaten nach der letzten Leistungserbringung, ist der Abruf wirksam, wenn der Ingenieur mit der Leistungsausführung beginnt und sich nicht auf den Ablauf der 6-Monatsfrist beruft.

Im Übrigen stellt die Regelung am Ende klar, dass aus der stufenweisen Beauftragung eine Erhöhung des Honorars nicht abgeleitet werden kann. Gleiches gilt für Ansprüche aus einer Verzögerung im Zusammenhang mit der stufenweisen Beauftragung.

zu § 2 – Allgemeine Pflichten und Spezifische Leistungspflichten des Ingenieurs

Grundsätzlich unterscheidet der Vertrag bei den **vereinbarten Leistungen** zwischen **Allgemeinen Leistungspflichten** = § 2.1 im Vertragsmuster, die bei der Erbringung aller Leistungen zu beachten und zu berücksichtigen sind, und **Spezifischen Leistungspflichten** = § 2.2 (zu vereinbarende **Grund- / Besondere Leistungen**). Diese Leistungspflichten hat der Planer der Anlagen der Technischen Ausrüstung grundsätzlich im Benehmen und in Abstimmung mit dem **Objektplaner des Bauwerkes** (z.B. Gebäude) zu erbringen.

- § 2.1 – Allgemeine Pflichten

Hier werden **Allgemeine Leistungspflichten** beschrieben, die von dem Ingenieur bei allen beauftragten Leistungen immer mit zu erbringen sind. Der Ingenieur wird verpflichtet, über alle bei Durchführung des Vertrages wesentlichen Angelegenheiten den Auftraggeber (Bauherr) zu unterrichten. Er wird bezogen auf die Leistungen für die Anlagen der Technischen Ausrüstung zur Erörterung der Planungsergebnisse am Ende jeder einzelnen Leistungsphase (mit den im Muster beschriebenen Ausnahmen für LPH 5 und 7) verpflichtet und hat fortlaufend im Benehmen und nach Abstimmung mit den beauftragten Objektplaner zu prüfen, ob die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele / Planungsinhalte / Kostenobergrenzen etc. eingehalten werden können. Ist das nicht der Fall, hat er sofort schriftlich den Bauherrn und den Objektplaner aufzuklären und Handlungsalternativen aufzuzeigen (bezogen auf die Anlagen der Technischen Ausrüstung).

Der Ingenieur ist außerdem verpflichtet, aufzuklären, ob es öffentliche oder kirchliche Fördermöglichkeiten gibt (§ 2.1.1.5 und vorausgesetzt, er hatte davon Kenntnis oder hätte Kenntnis haben können oder müssen). Bei Anordnungen / Weisungen / Wünschen des Bauherrn ist von dem Ingenieur stets zu überprüfen, ob und wenn ja, welche Auswirkungen das auf die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele hat. Der Ingenieur hat im Zweifel auch bei der Frage, ob weitere Planer hinzuzuziehen sind, beratend mitzuwirken. Außerdem wird er verpflichtet, bis zum Ende der vereinbarten Gewährleistungsfrist den Bauherrn zu unterstützen. Einzelheiten dazu ergeben sich aus den Vereinbarungen in § 2.1.

Bei § 2.1.1.2 ist geregelt, dass der beauftragte Ingenieur bei Bedenken gegen die Planungsinhalte (auch der Objektplanung) dem Objektplaner und den Bauherrn schriftlich Mitteilung zu machen hat. Gleiches gilt für möglichen Auswirkungen der Planung auf die Kosten und die Termine (§ 2.1.1.4)

Bei § 2.1.1.9 sind im Einzelfall Controllingunterlagen beispielhaft zu ergänzen, die von dem Ingenieur zu erstellen sind. Das muss bei jedem einzelnen Vertrag verhandelt und vereinbart werden.

Wichtig ist außerdem, dass bei § 2.1.1.11 konkret vereinbart wird, in **welcher Form Planungsunterlagen zur Verfügung gestellt** werden müssen. Diese besonderen Formate sind dann einzustellen. Hier wird es erforderlich sein, einen Abgleich mit dem Vertrag durchzuführen, der mit dem Objektplaner für das Objekt (= Bauwerk) abgeschlossen wurde, für dass die Anlagen der Technischen Ausrüstung geplant und errichtet werden sollen. Ist nichts vereinbart (kein Kreuz gesetzt), besteht die Verpflichtung, die Planungsunterlagen in PDF und dwg- oder dxf-Format beizustellen. Die **Anzahl** der jeweiligen Planunterlagen in Papierform beträgt im **Regelfall 2**. Im Einzelfall kann in der Leerzeile eine andere (höhere) Anzahl eingestellt werden (soweit man von dem Regelfall 2-fach abweichen will).

§ 2.2 – Spezifische Leistungspflichten

Hier wird unterschieden in

- Grundleistungen (§ 2.2.1)
- Besondere (§ 2.2.2)
- Weitere notwendige Leistungen (§ 2.2.3)

- § 2.2.1 – Grundleistungen

Hier wird zunächst der Wortlaut der gesetzlichen Regelung zum Architekten- und Ingenieurvertrag wiedergegeben (§ 650 p Abs. 1 BGB). In den in jedem Fall erforderlichen Leistungen enthalten sein sollen die Leistungen aus der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“**. Die **Angaben hier** müssen mit denen aus § 1.4.0 - **stufenweise Beauftragung** - **übereinstimmen**. Die **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** ist dem **Vertrag immer beizufügen**. In dem Muster zu dieser Anlage ist vermerkt, **dass Leistungen, die nicht beauftragt werden sollen, zu streichen sind** (in der Anlage durchstreichen, bitte nicht löschen).

Die anteiligen Prozentsätze des vereinbarten Gesamthonorars, das auf die jeweiligen Einzelleistungen entfällt, sind in der Anlage eingestellt (Grundlage ist die Bewertung des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen *Siemon* zu den Leistungsbildern aus der HOAI). Werden ganze Leistungsphasen oder Teile davon nicht beauftragt, reduziert sich das vereinbarte Honorar um den auf die jeweiligen Leistungsphase / Teilleistung entfallenden Honoraranteil. Maßgeblich dafür ist die Bewertung in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“**. Das wird zusätzlich und allgemein noch einmal bei **§ 5.5** vereinbart. Werden Leistungen nicht beauftragt, ist der in der Anlage **„Leistungsbild Tragwerksplanung“** für jede Leistungsphase eingestellte Prozentsatz entsprechend zu korrigieren (z.B. Streichung LPH 7 a **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“ = Einholen von Angeboten = 5 % werden 4,90 %**)

Sind Leistungen nicht erforderlich, entfällt der Honoraranteil für die nicht erforderliche Leistung ebenfalls. Auch das wird geregelt.

Stellt sich bei Rechnungsprüfung heraus, dass vereinbarte Leistungen nicht erbracht worden sind, kann der Honoraranteil gekürzt werden, wenn die Nachholung (Nacherfüllung) nicht mehr möglich ist oder nicht mehr von Interesse ist. Ist die Nacherfüllung möglich und noch von Interesse, muss dem Ingenieur zunächst die Gelegenheit zur Nacherfüllung unter angemessener Fristsetzung eingeräumt werden. Erst nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann der Honoraranteil entsprechend reduziert werden.

Werden Planungsleistungen in unterschiedlichem Umfang für unterschiedliche Anlagen einer Anlagengruppe beauftragt, sollte das Leistungsbild für jede Anlagengruppen erstellt und beigelegt werden. Das ist dann am Ende des Vertragsmusters bei den Anlagen zu kennzeichnen.

- § 2.2.2 – Besondere und sonstige Leistungen

Hier wird auf die **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** verwiesen. Dort sind im Einzelfall jeweils die **Besonderen Leistungen** einzustellen, die in der jeweiligen LPH erbracht werden sollen. Neben den **Besonderen Leistungen** sind dort dann auch **die vereinbarten Honorare** einzustellen (geregelt in § 5.2 Vertragsmuster).

Werden Leistungen nicht erbracht oder sind nicht erforderlich, gilt das Gleiche wie bei den vereinbarten Grundleistungen. Das wird zusätzlich und allgemein noch einmal bei § 5.5 vereinbart.

- § 2.2.3 – weitere notwendige Leistungen

Diese Regelung stellt klar, dass weitere zusätzliche Leistungen verlangt werden können, die notwendig sind, damit die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele erreicht werden. Das entspricht der gesetzlichen Regelung in den §§ 650 p Abs. 1, 650 q Abs. 1, § 650 b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BGB. Die Rechtsfolgen einer derartigen weitergehenden Leistung sind im Vertrag bei § 15 geregelt (die dann auch für Änderungen des Werkerfolgs = §§ 650 q Abs. 1, 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB gelten).

zu § 3 – Termine und Fristen

Können schon bei Vertragsabschluss verbindliche Vertragsfristen bestimmt und vereinbart werden, sind diese bei **§ 3.1** einzustellen.

Bei stufenweiser Beauftragung sollte im **Leistungsabruf** erklärt werden, bis wann die Leistungen zu erbringen sind. Dann sollte der Ingenieur dazu aufgefordert werden, die Vereinbarung schriftlich zu bestätigen.

Ohne verbindliche Vertragsfristen enthält § 3.2 und 3.3 allgemeine Regelungen zur Ausführung der Planungs- und Überwachungsleistung.

zu § 4 – Aufgaben des Bauherrn

Hier werden im Vertrag Aufgaben und Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers nach § 642 BGB geregelt. Ist bei Vertragsabschluss bekannt, welche weiteren Planer an dem Objekt beteiligt sind, sind diese bei § 4.2.0 einzustellen.

Bei der Vertragsabwicklung bitte darauf achten, dass bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen der Ingenieur den Bauherren in Annahmeverzug setzen kann. Nach Ablauf einer Frist zur Nachholung der Mitwirkungshandlung kann ein Entschädigungsanspruch begründet werden. Nach Ablauf einer Nachfrist besteht die Möglichkeit, das Vertragsverhältnis durch Kündigung zu beenden (durch den Ingenieur = §§ 642, 643 BGB).

Wenn es im Einzelfall weitere Mitwirkungshandlungen oder Aufgaben des Bauherrn gibt, ist das bei 4.3.0 bei den Leerzeilen zu ergänzen.

zu § 5 - Vergütung

In § 5 werden Regelungen zu der vereinbarten Vergütung getroffen. Diese Vereinbarungen unterscheiden bei der Vergütung wie bei den vereinbarten Leistungen (§§ 2.2.1 - 2.2.2) in

- Vergütungsvereinbarung für beauftragte **Grundleistungen (§ 5.1)**
- Vergütungsvereinbarung für **Besondere** und sonstige **Leistungen (§ 5.2)**

Die jeweils gewollten Alternativen sind durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Im Einzelnen:

- § 5.1 – Grundleistungen

Hier sieht das Vertragsmuster **2 Alternativen** vor, die durch **Ankreuzen** gewählt werden können:

Alternative 1:

Die Honorarermittlung soll zunächst auf Grundlage der Empfehlungen der HOAI erfolgen (das soll bitte der **Regelfall** sein = **Basishonorarsatz**). Wird diese Variante gewählt, ist das durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Handelt es sich um Anlagen für mehrere Objekte (zum Beispiel zwei Gebäude) und liegen die Voraussetzungen von § 54 Abs. 2 HOAI vor, sind die jeweiligen Anlagengruppen und Objekte einzustellen, bei denen die Voraussetzungen erfüllt sind.

Der **Regelfall** soll der **Basishonorarsatz** sein, was durch Ankreuzen zu kennzeichnen ist.

Soll ein Honorar vereinbart werden, das den Basishonorarsatz bis hin zum oberen Honorarsatz übersteigt (Regelfall soll bitte der **Basishonorarsatz** sein), ist ein Prozentsatz zu ergänzen (**Beispiel Mittelsatz: Basishonorarsatz nach HOAI zzgl. 50% bis zum oberen Honorarsatz**). Neben der Ergänzung ist das durch **Ankreuzen** kenntlich zu machen. Wird der Ingenieur mit der Planung / Bauüberwachung für unterschiedliche Anlagengruppen beauftragt, kann für die Anlagen bestimmter Anlagengruppen auch ein vom Basishonorarsatz bis hin zum oberen Honorarsatz abweichendes Honorar vereinbart werden. Die betroffenen Anlagengruppen sind dann zu ergänzen.

Die **Honorarzone** ist in der im Vertragsmuster eingestellten Tabelle für die jeweilige Anlagengruppen zu ergänzen (**Beispiel: Abwasser-, Wasser- und Gasanlage III; Wärmeversorgungsanlagen II und Starkstromanlagen I**).

Handelt es sich bei den Anlagen der Technischen Ausrüstung um Bestandsanlagen, die umgebaut / modernisiert / instandgesetzt / instandgehalten werden sollen, ist eine Vereinbarung darüber zu treffen, **ob** und wenn ja, **in welchem Umfang** die **mitzuverarbeitende Bausubstanz gem. § 2 Abs. 7 HOAI** mitberücksichtigt werden soll. Dafür ist im Vertragsmuster eine Tabelle eingestellt. Betroffene Anlagengruppen sind zu kennzeichnen und zu ergänzen, wie die Anrechnung erfolgen soll. Die Vereinbarungen sind im Einzelfall mit dem Ingenieur zu treffen. Es kann auch eine pauschale Erhöhung der anrechenbaren Kosten vereinbart werden (differenziert nach Leistungsphasen). Das muss im Einzelfall verhandelt und in den dafür vorgesehenen Leerzeilen eingestellt werden (z.B. **10.000,00 € bei LPH 1 – 3**). Nach HOAI 2021 kann man die vorhandene Bausubstanz auch ganz entfallen lassen. Dann muss man das ausdrücklich vereinbaren (= durch Ankreuzen = *mitzuverarbeitende Bausubstanz wird nicht mit berücksichtigt*)

Es folgen Regelungen zum **Umbau / Modernisierungszuschlag**, wobei die Höhe des Zuschlags im Einzelfall zu vereinbaren / einzutragen ist. (z.B. **10%**). Soll ein Zuschlag von 0% vereinbart werden, ist das durch **Ankreuzen** kenntlich zu machen.

Handelt es sich um Anlagen, die instandgesetzt / instandgehalten werden sollen, kann man für **LPH 8** einen **Zuschlag bis 50 %** vereinbaren. Das ist im Einzelfall zu verhandeln und in der Tabelle einzustellen.

Ganz am Ende der **Alternative 1** wird die Möglichkeit eröffnet, auf das nach **HOAI vereinbarte und berechnete Honorar** einen **Ab- oder Zuschlag** (prozentual oder pauschal) zu vereinbaren. Derartige Vereinbarungen sind nach der HOAI 2021 zulässig. Das muss im Einzelfall bei Angebotseinholung (Ausschreibung) abgefragt und verhandelt und sodann im Vertrag ergänzt werden.

Alternative 2

Diese Alternative sieht vor, dass z.B. auf Grundlage einer **Honorarermittlung** bei Vertragsabschluss das **Honorar pauschaliert** wird. Derartige Vereinbarungen sind nach der seit 01.01.2021 geltenden HOAI zulässig. Auch bei einer von der HOAI abweichenden Honorarvereinbarung (z.B. einer Pauschalhonorarvereinbarung) soll die in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** eingestellte prozentuale Bewertung gelten. Werden Leistungen nicht erbracht oder sind diese nicht erforderlich, gilt das, was bei § 2.2.1 für diese Fälle geregelt ist (anteilige Honorarkürzung).

- § 5.2 – Besondere und sonstige Leistungen

Auch hier werden **Alternativen** vorgesehen. Die gewollte Alternative ist durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Alternative 1:

Entweder es wird ein Honorar mit einem **prozentualen Anteil des Honorars** vereinbart, das auf die Grundleistungen entfällt (das soll bitte der **Regelfall** sein). Dann müsste man das in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** bei Vertragsverhandlung/-abschluss einstellen (bei der jeweiligen Besonderen Leistung).

Alternative 2:

Es kann aber auch hier ein Pauschalhonorar vereinbart werden. Auch das wäre in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** einzustellen (bei der jeweiligen Besonderen Leistung).

- § 5.3 Aufwandshonorare und Stundensätze

Für den Fall, dass während der Vertragsabwicklung für bestimmte Leistungen Aufwandshonorare vereinbart werden, sollen Stundensätze fixiert werden. Möglich sind Aufwandshonorare nach dem Vertrag zum Beispiel bei Änderungs- und Zusatzleistungen (§ 15).

- § 5.4 – Allgemeine Leistungspflichten und denkmalrechtliche Genehmigungen

Mit dieser Regelung wird klargestellt, dass die **Allgemeinen Leistungspflichten** (§ 2.1), alle Leistungen im Zusammenhang mit den denkmalrechtlichen Genehmigungen und alle weiteren mit dem Vertrag vereinbarten Leistungen durch das vereinbarte Honorar erfasst und abgegolten sind.

- § 5.5 – nicht erbrachte / nicht notwendige Leistungen

Hier wird klargestellt, dass für den Fall, dass vereinbarte Leistungen, die im Sinne von § 650 p Abs. 1 BGB nicht erforderlich sind, auch nicht vergütet werden. Bei **Rechnungsprüfung** ist zu klären, ob **vereinbarte Leistungen im Einzelfall gar nicht erbracht worden** sind und als solche auch **nicht notwendig gewesen** sind. Ist das der Fall, ist der Honoraranteil dafür nicht zu zahlen (entsprechend den prozentualen Bewertungen in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** bzw. bei den Besonderen Leistungen mit dem Honoraranteil, der auf die nicht erbrachte Leistung oder den Teil davon entfällt).

§ 5.6 – Nebenkosten

Hier sind die jeweiligen Vereinbarungen entsprechend dem Angebot und Verhandlungsergebnis durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen und zu ergänzen.

- § 5.7 – Umsatzsteuer

Auch hier ist zu **kennzeichnen**, ob in den vereinbarten Honoraren die Umsatzsteuer enthalten ist oder nicht.

- 5.8 – Anrechnung von Vorvergütungen

Hier ist im Einzelfall zu regeln, ob eine bereits geleistete Vorvergütung (z.B. im Zusammenhang mit Wettbewerben oder Vorleistungen) angerechnet wird, was bei der technischen Ausrüstung eher die Ausnahme sein dürfte.

zu § 6 – Zahlungen

Diese Regelungen verweisen auf die gesetzlichen Regelungen. Danach kann der Ingenieur in angemessenen zeitlichen Abständen für die nachweislich erbrachten Leistungen Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der erbrachten Leistungen verlangen. Sind die Leistungen nicht vollständig oder mangelhaft, kann man Zurückbehaltungsrechte geltend machen (in Höhe von mindestens des 2-fachen der geltend gemachten Forderungen = §§ 650 q Abs. 1, 632 a BGB).

Außerdem wird klargestellt, dass mit einer Zahlung auf eine Abschlags- und / oder Schlussrechnung kein Anerkenntnis verbunden ist.

Bei Schlusszahlungen gilt das, was in den §§ 650 q Abs. 1, 650 g Abs. 4 BGB geregelt ist. **Wichtig** ist es, mit Zugang der Schlussrechnung **Einwendungen gegen die Prüffähigkeit der Rechnung innerhalb von 30 Tagen in begründeter Form schriftlich** vorzubringen (*warum* die Schlussrechnung nicht prüffähig ist). Verstreicht die Frist, wird die Forderung fällig, auch wenn die Schlussrechnung nicht prüffähig ist. Einwendungen gegen die **Richtigkeit** der Rechnung kann man auch nach Ablauf der Prüffrist erheben.

zu § 7 – Vergabe

Diese Regelung betrifft die Vergabe der Leistungen (Grundleistungen LPH 7 aus **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“**). Hier wird klargestellt, dass die Vergabeentscheidung ausschließlich durch den Bauherrn getroffen wird. Den Ingenieur treffen bezogen auf die Anlagen der technischen Ausrüstung gleichwohl Aufklärungs- und Hinweispflichten bei Bedenken gegen die geplante Vergabeentscheidung.

zu § 8 – Haftpflichtversicherung des Ingenieur

Hier sind Angaben zur Höhe der Versicherung einzutragen. Die Höhe der Versicherung sollte sich nach der Gesamtinvestition richten (vor allem bei den *sonstigen Schäden*). Zu empfehlen ist, dass bei sonstigen Schäden auf 30% der Investitionssumme abgestellt wird. Sind 30% der Gesamtinvestitionskosten weniger als die Mindestversicherungssumme (255.000,00 €), sollte auf diesen Betrag abgestellt werden.

Für Personenschäden sollte davon unabhängig die Deckungssumme der Versicherung immer **3 Mio. €**, für sonstige Schäden **1 Mio. €** betragen. Die Deckungssummen bitte im Einzelfall jeweils einstellen.

Der Nachweis der Haftpflichtversicherung ist im Übrigen Voraussetzung dafür, dass Zahlungen geleistet werden müssen.

zu § 9 – Herausgabeanspruch des Bauherrn

Hier wird geregelt, dass der Ingenieur im Zweifel zu jedem Zeitpunkt verpflichtet ist, Unterlagen im Zusammenhang mit den Planungs- und Bauvorhaben an den Bauherrn zu übergeben.

zu § 10 – Kündigung des Vertrages

Hier wird im Großen und Ganzen das geregelt, was dem gesetzlichen Kündigungsrecht entspricht (§§ 648 und 648 a BGB). **Wichtig** ist, dass **vor Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung** stets eine **Abmahnung** (angemessene Nachfrist mit Kündigungsandrohung bei wiederholtem Vertragsverstoß) ausgebracht werden muss.

zu § 11 – Abnahme

Hier wird die Abnahme geregelt. Wichtig ist der Hinweis, dass bei einer stufenweisen Beauftragung der Ingenieur Anspruch auf Abnahme immer dann hat, wenn die beauftragte Leistung vollständig erbracht ist. Ein **Beispiel**: Wird zunächst nur die **LPH 1 - 4 beauftragt**, kann der Ingenieur nach der vollständigen Erfüllung der LPH 4 Abnahme verlangen. Die Abnahme muss dann erklärt werden. Wird die Abnahme schriftlich unter Fristsetzung verlangt, muss **innerhalb der Frist erklärt** werden, aus welchem Grund unter Umständen nicht abgenommen wird (unter **Benennung mindestens eines Mangels** an den beauftragten Leistungen = **§ 640 Abs. 2 BGB**). Wird eine solche Abnahme erst verlangt, nachdem weitere Stufen (Leistungen) abgerufen = beauftragt worden sind, ist Abnahme erst nach Leistungserbringung der nun beauftragten Stufen möglich.

Gibt man eine zu Recht geforderte Abnahmeerklärung nicht ab, treten die Abnahmewirkungen ein.

Verlangt der Ingenieur Abnahme und setzt dafür eine Frist, muss innerhalb der Frist erklärt werden, ob abgenommen wird oder nicht. Soll nicht abgenommen werden, muss **mindestens ein Mangel an den beauftragten Leistungen benannt** werden, um die fingierte Abnahme zu vermeiden (§ 640 Abs. 2 BGB, der nach § 650 q Abs. 1 BGB auch beim Architekten- und Ingenieurvertrag gilt). In einem solchen Fall kann vom Ingenieur auch eine Zustandsfeststellung verlangt werden, die gemeinsam durchgeführt und protokolliert werden muss (§§ 650 q Abs. 1, § 650 g Abs. 1 – 3 BGB). Im Vertragsmuster wird das nicht eingestellt, weil es der gesetzlichen Regelung entspricht und aktiv vom Ingenieur geltend gemacht werden muss.

§ 11.4 stellt klar, dass eine konkludente Abnahme durch Zahlung einer Teil- oder Schlussrechnung nicht erfolgt. Gleichwohl sollte *vorsorglich* bei Zahlung einer Teil- oder Schlussrechnung immer erklärt werden, dass damit ein Verzicht auf die vereinbarte förmliche Abnahme nicht verbunden ist.

zu § 12 - Verjährung

Hier wird auf die gesetzlichen Verjährungsfristen verwiesen. Die Verjährung beginnt mit der jeweiligen Abnahme. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre (§ 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB).

zu § 13 – Vollmacht und Vertretung

Hier sind Ansprechpartner und Vertreter des Ingenieurs einzustellen. Der Vertreter des Bauherrn ist im Vertragsrubrum zu benennen (zu Beginn des Vertragsmusters im Deckblatt). Die Ansprechpartner / Vertreter des Ingenieurs können unter den in § 13 genannten Voraussetzungen ausgetauscht werden.

zu § 14 – Änderungs- und Zusatzleistungen

Hier konkretisiert das Vertragsmuster das, was der gesetzlichen Regelung entspricht (§§ 650 q Abs. 1, 650 b BGB).

Wird der vereinbarte Werkerfolg oder die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele geändert oder aber Leistungen verlangt, die nicht vereinbart, aber notwendig sind, um den Werkerfolg / die Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen, soll **zunächst Einvernehmen (Einigung) über die geänderte oder zusätzlich notwendige Leistung** und die **Auswirkungen auf das Honorar** erzielt werden. Gelingt eine solche Einigung, gilt das, was in diesen Fällen dann vereinbart wird (§ 14.2). Möglich ist auch, Aufwandshonorare zu vereinbaren. Es gelten dann die Stundensätze nach § 5.3 als vereinbart.

Gelingt keine Einigung, sieht § 14.3 vor, dass nach **Ablauf von 30 Tagen** nach Zugang des Änderungsbegehrens die Leistung in Textform (§ 126 b BGB) angeordnet werden kann (§ 650 b Abs. 2 BGB).

§ 14.4 sieht abweichend davon vor, dass eine Anordnung auch vor Ablauf der 30-Tagesfrist erfolgen kann, wenn die dort genannten Voraussetzungen vorliegen.

§ 14.5 sieht für die Folgen einer Änderungsanordnung bei fehlender Einigung über die Änderungs- und Zusatzleistungen im Sinne von § 14.3 vor, dass bei zusätzlichen oder wiederholten Grundleistungen infolge der Änderungsanordnung **und** einer Honorarvereinbarung für die Grundleistungen nach **Alternative 1 zu § 5 (= Berechnungshonorar nach HOAI)** diese so vergütet werden, wie die im Vertrag vereinbarten Grundleistungen (immer vorausgesetzt, es handelt sich nicht um unentgeltliche Mangelbeseitigung oder die Nacherfüllung einer Pflichtverletzung = z.B. mit Basishonorarsatz *Honorarzone III* und mit den in der Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“ vereinbarten Prozentsätzen für die *tatsächlich erbrachten geänderte oder zusätzliche Grundleistung und den vereinbarten Zu- / Abschlägen*)

Wurde für die beauftragten Grundleistungen eine **Pauschalhonorarvereinbarung** getroffen (**Alternative 2 zu § 5**) oder handelt es sich bei den zusätzlichen oder geänderten Leistungen nicht um Grundleistungen (etwa Beratungs- oder Besondere Leistungen), sollen diese ohne Einigung im Sinne von § 14.3 nach den *tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn* vergütet werden (entspricht § 650 c Abs. 1 BGB).

zu § 15 – Sicherheitsleistung Ingenieur

§ 15 regelt, dass bei einem Sicherungsverlangen nach § 650 e BGB (Sicherungshypothek am jeweiligen Baugrundstück) Abwendungsbefugnis dergestalt besteht, dass eine Sicherheit nach § 650 f BGB (durch Hinterlegung oder Bankbürgschaft) gestellt werden kann.

zu § 16 – Schriftform

Hier wird *vorsorglich* geregelt, dass alle Änderungen / Ergänzungen des Vertrages schriftlich erfolgen müssen. Darauf bei der Vertragsabwicklung bitte unbedingt achten. *Vorsorglich* der Hinweis, dass auf die Schriftform wiederum durch konkludente Handlung verzichtet werden kann (etwa dadurch, dass man fortlaufend mündliche Änderungen vornimmt und den Vertrag anders „lebt“ als vereinbart). Das sollte vermieden werden.

zu § 17 – Ausführungsbestimmungen und Anlagen zum Vertrag

Hier wird auf die Anlagen verwiesen, die am Ende nach § 18 benannt werden. Weitergehende Unterlagen müssen hier erwähnt werden (bei den Leerzeilen und dann u.U. auch bei den Anlagen nach § 18 ergänzen). Wird zum Beispiel ein unterschiedlicher Leistungsumfang bei Anlagen bestimmter Anlagengruppen beauftragt, sollte die Leistungsbeschreibung für jede Anlagengruppe erstellt und beigelegt werden. Das wäre dann bei den Anlagen gesondert zu ergänzen/zu erwähnen.

zu § 18 Rechtswahl und Gerichtsstand

Vereinbaren Sie bitte immer, dass auf dem Vertrag deutsches Recht Anwendung findet.

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Vertrag ist immer das Amts- oder Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Auftraggeber seinen Sitz hat (bis 5.000,00 € Amtsgericht; darüber Landgericht).

zu § 19 – Kirchengenehmigung

Der Vertrag steht unter der Bedingung, dass die kirchengenehmigung erteilt wird (vgl. die Hinweise oben zu **Vertragsabschluss**).

Anlagen

Die Anlagen sind zu ergänzen (abhängig vom Einzelfall). Die Anlagen müssen dem Vertrag beigelegt werden und sollten *vorsorglich* von beiden Vertragspartnern paraphiert werden. Die **Anlagen ohne Felder** zum Ankreuzen sind **immer zum Vertragsbestandteil** zu machen und beigelegen.

Werden mit dem Vertrag Leistungen zu mehreren Anlagengruppen beauftragt, ist die Anlage 2 für jede Anlagengruppe separat auszufüllen. Die einzelnen Von-Hundert-Sätze sind dann in der tabellarischen Übersicht festzuhalten.